

Rechtsextreme Menschenfischer im Internet

Verfassungsschützer warnen vor NPD-Anwerbern in Netzwerken wie Facebook, SchülerVZ und StudiVZ

Berlin/München – Rechtsextremisten nutzen nach Beobachtung des niedersächsischen Verfassungsschutzes zunehmend soziale Netzwerke zum Anwerben von Jugendlichen. Sie würden Facebook, SchülerVZ, StudiVZ, MeinVZ, Wer-kennt-wen oder StayFriends für ihre Zwecke missbrauchen. „Jugendliche werden über den Austausch in den Foren vermehrt an die rechtsextremistische Szene herangeführt und auch angeworben“, sagte Niedersachsens

Verfassungsschutzpräsident Hans Wargel der „Welt“.

Häufig könnten junge Leute Propaganda, Indoktrination und Anwerbeversuche nicht auf den ersten Blick als rechtsextrem erkennen. Statt Hakenkreuzen würden Graffitis oder Symbole aus der Jugendszene verwendet. „Die Rechtsextremisten tauchen in den sozialen Netzwerken im Internet als Wolf im Schafspelz auf. Sie äußern sich zunächst ganz unverfänglich und versuchen, dadurch das Vertrauen der ande-

ren Teilnehmer zu erschleichen. Das ist eine neue Strategie“, sagte Wargel.

Nach Erkenntnissen seiner Behörde ruft die rechtsextreme NPD dazu auf, sich in den Netzwerken zu tummeln. Die „Deutsche Stimme“, das Zentralorgan der Partei, gebe in der Märzausgabe unter dem Titel „Die NPD in der virtuellen Welt“ konkrete Tipps, wie sich die Netzwerke unterwandern lassen. Dabei werde geraten, nicht offen als NPD-Aktivist aufzutreten.

VZ-Sprecher Dirk Hensen sagte, in einem Netzwerk mit mehr als 16 Millionen Nutzern könne niemand alles kontrollieren. Sobald man Kenntnis von rechtsextremen Inhalten, Profilen oder Gruppen erhalte, würden diese aber überprüft und sofort gelöscht.

Der bayerische Staatskanzlei-Chef Siegfried Schneider (CSU) will unterdessen die Eltern stärker in die Verantwortung nehmen. Er wirbt dafür, dass Eltern Jugendschutzprogramme auf dem

Computer installieren. In Verbindung mit der freiwilligen Alterskennzeichnung für Internetseiten, die im neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag vorgesehen sei, könnten diese Programme für Kinder ungeeignete Inhalte herausfiltern, so Schneider. Internet-Anbieter würden mit dem Vertrag künftig verpflichtet, ihre Kunden auf diese Möglichkeit hinzuweisen und entsprechende Programme zum Herunterladen anzubieten. dpa/az